

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

ESM: Bundesverfassungsgericht schafft Klarheit

Am 12. September 2012 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Klarheit über den ESM-Vertrag geschaffen. Der deutsche Beitrag zum Europäischen Rettungsschirm ESM darf höchstens 190.024.800.000 Euro betragen, sofern der Gesetzgeber einer weiteren Erhöhung nicht zustimmt.

Auch dürfen sich all diejenigen, die mit dem Vertrag befasst sind, nicht auf ihre Schweigepflicht berufen, wenn vom Deutschen Bundestag oder Bundesrat eine umfassende Unterrichtung gefordert wird. Ferner muss die Bundes-

republik zum Ausdruck bringen, an das Vertragswerk insgesamt nicht gebunden zu sein, wenn gewisse Bedingungen nicht eingehalten werden.

„Insgesamt können wir mit dem Richterspruch zufrieden sein. In dem mit Spannung erwarteten Urteil haben die Karlsruher Richter gezeigt, dass sie sich auch der Tragweite ihres Urteilsspruchs sehr wohl bewusst sind.

Sie haben klargestellt, unter welchen Bedingungen der ESM-Vertrag ratifiziert werden kann und damit auf den internationalen Kapitalmärkten für Ver-

trauen gesorgt“, sagte der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer

Auch die ESM-Gegner könnten beruhigt sein. Grund für die Sorge war vor allem Art. 25 II des ESM-Vertragswerks, welcher regelt, dass ein „erhöhter Kapitalabruf“ möglich sei, wenn einzelne Länder ihren Einzahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. „Dieses Haftungsrisiko,



Foto: © Busse

noch zusätzlich herangezogen werden zu können, muss nun ausgeschlossen werden“, so Ulmer abschließend.

Kommissionspräsident Barroso: Rede zur allgemeinen Lage der Europäischen Union



Finanzsektor, in unhaltbaren, staatlichen Schulden und dem Mangel an Wettbewerbsfähigkeit in manchen Mitgliedstaaten. Dies alles münde in einer Unzufriedenheit und einem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der EU mit all ihren Institutionen.

Hierbei sieht der Kommissionspräsident das Parlament als wichtigen Teil der Union, das direkt das Volk repräsentiere.

Als Lösungsvorschlag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise bekannte sich Barroso zur Fiskalunion, da nur über die gemeinsamen Stabilitätsmechanismen eine Kontrolle

der Finanzmärkte wiederhergestellt werden könne. Essenziell werde seiner Ansicht nach nicht nur die allgemeine Umsetzung der Fiskalunion sein, sondern auch das Zusammenwachsen der Europäischen Union an sich. Elementare Werte, wie die Freiheit und der Frieden, könnten in keiner anderen Gemeinschaft so gut garantiert werden wie in der EU. Hierdurch stelle die EU in der internationalen Politik den Anspruch, eine Führungsrolle einzunehmen.

Barroso betonte, dass mit der Rücksichtnahme auf die Nationalstaaten, mit Stolz auf das bisher Erreichte und den Prinzipien eines Rechtsstaates die Krise überstanden werden könne, um schlussendlich das Endziel der politischen Union zu erreichen.

In dieser Woche hielt José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, eine Rede zur allgemeinen Lage Europas. Auch hier stand die Krise um den Euro und die damit verbundenen Maßnahmen im Mittelpunkt.

Barroso betitelte zu Beginn

seiner Rede die Finanzkrise nicht als rein finanzielle Krise, sondern beleuchtete vor allem die daraus resultierenden Effekte, welche auch eine soziale und politische Krise herbeiführen würden. Die Wurzeln dieser Krise benannte er in verantwortungslosen Praktiken im

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Ulmer zu Biokraftstoffen: „Teller-vor-Tank-Prinzip muss gelten!“



Foto: © Oliver Mohr / pixelio.de Image-ID: 585291

Da die Produktion von Biotreibstoffen insbesondere in Entwicklungsländern in starker Konkurrenz zu dem Anbau von Nahrungsmitteln steht, beschloss die Europäische Union eine Kehrtwende im geplanten Ausbau dieses Sektors. Nicht selten werden Wälder gerodet und Moore trockengelegt, um Anbauflächen für Soja und Raps zu schaffen. Doch auch vor Arealen, die für vor Ort lebende Menschen zum Nahrungsanbau essenziell sind, wird oft nicht haltgemacht.

„Grundbedürfnisse, wie das Recht auf Nahrung, dürfen auf keinen Fall eingeschränkt werden. Engpässe sind hier auf jeden Fall tabu. Es muss das ‚Teller-vor-Tank-Prinzip‘ gelten!“, fordert Dr. Thomas Ulmer MdEP.

Um das zu erreichen, soll

der Anteil von Biodiesel und Bioethanol bis 2020 bei 5 % festgeschrieben werden, was eine weitere Ausweitung der Produktion unmöglich macht. „Studien haben auch ergeben, dass Kraftstoffe, vor allem aus Raps, Soja- und Palmöl, in der Herstellung derart große Emissionen verursachen, dass eine Klimaschonung dadurch geradezu marginal ausfällt“, informiert Ulmer.

Trotzdem plant die Kommission, Subventionen für Biokraftstoffe erst 2020 auslaufen zu lassen, um den Betrieb von Anlagen der Kraftstoffindustrie sicherzustellen. Erst wenn es möglich sein wird, alternative Kraftstoffe aus Pflanzenabfällen oder Nebenprodukten (zum Beispiel Stroh) herzustellen, soll die Biospritquote wieder steigen.

verpflichtungen dafür sorgte, dass Firmen aus Kostengründen auf die teuren Zertifikate verzichteten und Energiesparmaßnahmen ergriffen. Nun ist geplant, die Zahl der Zertifikate deutlich zu senken, um den Preis weiter in die Höhe zu treiben. Ulmer: „Ein derart gravierender Eingriff in den Zertifikatsmarkt darf nicht ohne die Zustimmung des Parlaments geschehen. Es ist daher unabdinglich, dass Kommission und Parlament Hand in Hand gehen.“

Bessere Arzneimittelüberwachung für Europa



Foto: © Andrea Damm / pixelio.de

In dieser Straßburgwoche hat das Parlament darüber abgestimmt, eine bessere Arzneimittelüberwachung zu schaffen. Kernanliegen des Parlaments ist es, die Arzneimittelüberwachung zu stärken, den Beipackzettel zu vereinfachen und dadurch den Patienten stärker zu schützen.

Die Überwachung soll unter anderem dann greifen, wenn ein Unternehmen ein Arzneimittel vom Markt nimmt. Nun muss das Unternehmen angeben, aus welchen Gründen dies geschieht. Daraufhin werden über die Europäische Arzneimittelagentur alle anderen Mitgliedstaaten automatisch informiert.

„Unser Hauptanliegen ist es, den Patienten besser zu schützen und schneller reagieren zu können, sollte es ein Problem mit einem Arzneimittel geben“, so der baden-württembergische CDU-Europaparlamentarier und praktizierende Arzt Dr. Thomas Ulmer.

Dieser Schritt ist eine direkte Lehre aus dem Mediator-Fall, der im Jahre 2011 Frankreich erschütterte. Bereits 1998 hatten Experten vor dem Medika-

ment Mediator gewarnt. 2003 entschied der Hersteller, keine neue Genehmigung für den italienischen und spanischen Markt zu beantragen.

Bis zu 2.000 Todesfälle sollen auf dieses Medikament zurückzuführen sein.

Ein weiterer Punkt, der im Zuge dieses Paketes verabschiedet wurde, ist, dass es jetzt eine Arzneimittel-Faktenbox geben muss. Diese wird sich ebenfalls im Beipackzettel befinden, jedoch deutlich hervorgehoben.

„Gerade in meinem Alltag als Arzt beklagen sich viele Patienten über die oft schwer verständlichen Beipackzettel. Das haben wir nun geändert. Die Arzneimittel-Faktenbox beinhaltet die wichtigsten Informationen für den Patienten. Dazu gehören beispielsweise Informationen über Nebenwirkungen, die in einfacher Sprache und grafisch hervorgehoben sind“, erklärte Ulmer, „durch die bessere Überwachung haben Patienten eine höhere Sicherheit, wenn sie ein Medikament einnehmen. Die Faktenbox vereinfacht es, dass Patienten relevante Informationen schnell finden können.“

Neue EU-Energieeffizienzrichtlinie

In dieser Woche stimmt das Parlament dem Kompromiss zur neuen EU-Richtlinie zu. Dabei werden Flexibilität und Eigenverantwortung der Staaten sehr groß geschrieben. So sollen die festgelegte Emissionseinsparungsrate von 1,5% pro Jahr zwar vorgegeben, die zu treffenden Maßnahmen dazu aber nicht spezifiziert werden.

Demnach wird es den Mitgliedstaaten möglich sein, zum Beispiel bereits getroffene Maßnahmen oder Steueranreize für effiziente Technologien mit der Energiesparrate von 1,5 % zu kombinieren. Zudem ist eine Entlastung für alle Kommunen durch das Wegfallen der geplanten Renovierungsquote für ihre Gebäude von 3 % in Aussicht. Weiter wird ein Zusatz in die EU-Richtlinie eingebaut.

„Eine Korrektur und nachträgliche Änderung der Richtlinie über den Zusatz ist dann vonnöten, sollte sie eine Behinderung für die wirtschaftlichen Erholungsprozesse schwacher Staaten darstellen“, erläutert Dr. Thomas Ulmer MdEP.

Die stetig fallenden Preise der Emissionszertifikate führt Ulmer auf die EU-Politik zurück, die mit Auflagen und Einspar-

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Gleichberechtigung für Opfer von Straftaten



Foto: EP Straßburg: © European Union 2012/EP

Das Parlament gab in dieser Woche sein Ja zur geplanten EU-Richtlinie. Diese „wird eine Gleichbehandlung von Opfern aller Arten von Straftaten gewährleisten und eine gemeinsame Richtung für alle unterschiedlichen Rechtssysteme vorgeben“, ist sich Dr. Thomas Ulmer MdEP sicher.

Menschen, denen Verbrechen

widerfahren sind, werden unabhängig von Ort und Tat individuell betreut werden. Auch nachträglicher Schutz – auch der Angehörigen – wird für die Einwohner der Mitgliedstaaten sichergestellt.

„Eine gesetzliche Verankerung all jener Verpflichtungen für die Regierungen ist absolut notwendig“, so Dr. Ulmer, „wichtig ist, keine Nachteile für Menschen aus wirtschaftlich schwächeren Staaten zuzulassen.“

Opfer von Terror, Menschenhandel, sexueller und körperlicher Gewalt und anderer Straftaten können demnach sicher sein, dass sie gehört und ihr Fall mit Respekt und unter Achtung ihrer Würde bearbeitet werden wird.

Ulmer: „Ein riesiger Schritt vorwärts und genau in die richtige Richtung!“

Europäische Normung

Das Europäische Parlament hat aktuell auch über die Anpassung nationaler Normen auf ein europäisches Gesamtkonzept diskutiert. Gerade in Zeiten der europäischen Finanzkrise ist eine Stärkung des gemeinsamen Binnenmarktes wichtig. Einen großen Anteil hierfür trägt auch eine einheitliche Normung, welche vor allem in den Bereichen der Gesundheit, Sicherheit und Umwelt eine große Bedeutung hat.

„Primär soll eine europaweite Sicherung von Produkten und Dienstleistungen gewährleistet werden, welche für den vorgesehenen Zweck dienlich, vergleichbar und verträglich sind“, betonte Gesundheitsexperte Dr. Thomas Ulmer. Die Kennung von Produkten bringe eine starke Sicherheit für den Verbraucher mit sich.

Somit wird erreicht, dass Verbraucher nach den gleichen technischen und qualitätsbezogenen Kriterien konsumieren und Dienstleistungen entgegennehmen können. National bestehende Normen und Regelungen werden bei Überschneidungen mit den europäischen Bestimmungen verworfen, sodass das von der Kommission angepeilte Ziel eines harmonisierten Normenkonzeptes erreicht wird.

Als unbedenklich kann die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit zwischen Industrie, Verbrauchern und Behörden betrachtet werden. Da für alle drei Bereiche allein das Endprodukt zählt, waren keine Verpflichtungen bis hierhin nötig und werden auch weiterhin nicht nötig sein.

„Die gemeinsame Normenkontrolle bewirkt nicht nur eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, sondern fördert auch die Vereinfachung der EU-Rechtsvorschriften“, ist Ulmer überzeugt.

Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse

Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, auch in Zukunft die in Europa produzierten Agrarerzeugnisse zu stärken. Erreicht werden soll dies nicht nur durch die Einhaltung von Hygiene- und Sicherheitsvorschriften von landwirtschaftlichen Produkten, sondern auch durch die Berücksichtigung von ökologischen, ethischen und sozialen Normen. Damit Europa und auch Deutschland weiterhin ein hohes Maß an Qualität garantieren können, stimmt das Europäische Parlament dem Vorschlag der Kommission zu, die bestehenden Qualitätsregelungen zu erhalten und wenn möglich auch noch zu verbessern.

Dr. Thomas Ulmer MdEP war es besonders wichtig, dass vor allem die geographische Lage des Produkts weiterhin geschützt wird: „Es geht hierbei darum, bestimmten Erzeugnissen ein besonderes Prädikat zu verleihen, deren Produktion durchgehend am gleichen Standort stattgefunden hat.“ Dadurch soll zentral die Markttransparenz für den Endverbraucher ermöglicht werden,



Foto: © Busse

um somit leichter die Eigenschaften eines Produktes zu erkennen. Des Weiteren sollen die überarbeiteten Regelungen die Landwirte innerhalb der EU vor minderwertigen Produkten aus Schwellenländern schützen, denn die Qualität ist immer noch das höchste Gut der EU-Produkte. „Diese Maßnahme war mir ein besonderes Anliegen in Bezug auf den Lokalen und die Förderung von lokalen Agrarerzeugnissen. Das endgültige Produkt und dessen hervorragende Qualität muss weiterhin ein Markenzeichen der Europäischen Union sein“, so Ulmer. Grundlage für die Änderungen war das im Jahre 2008 beschlossene „Grünbuch“, welches die Rahmenbedingungen zur Regelung von Agrarerzeugnissen festlegt.

Besuchergruppe im Europäischen Parlament



Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893906

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelbild: © Matthias Busse; Foto Ulmer: © Matthias Busse; Foto Barroso: © European Union 2012 EP; Foto Rapsfeld: © Oliver Mohr / pixelio.de Image-ID: 585291; Foto Medikamente: © Andrea Damm / pixelio.de; Foto: EP Straßburg: © European Union 2012 EP

Foto Gemüse: © Matthias Busse Besuchergruppen: © Heike Nahrgang E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu